



Pressemitteilung

Bunge fordert mehr Ehrlichkeit in der Strompreisdebatte

Besuch bei Centrosolar am Standort Wismar

Wismar, 23.08.2012

Dr. Martina Bunge, MdB

Am Schilde 7a
23966
Telefon: +49 3841-3265993
Fax: +49 3841-3265994
martina.bunge@wk.bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-70067
Fax: +49 30 227-76076
martina.bunge@bundestag.de

Gesundheitspolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Während ihrer Sommertour besuchte die Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge die Firma Centrosolar an ihrem Produktionsstandort Wismar. Der Geschäftsführer Ralf Hennigs führte die Abgeordnete mit ihrem Team durch die Produktion und erläuterte die Arbeitsschritte, welche im Werk ausgeführt werden.

Im Rahmen dieser Führung wurde deutlich, dass die Folgen der, von der Bundesregierung, drastisch abgesenkten Einspeisevergütung für Strom, sich trotz starker Spezialisierung und dem Angebot von Komplettlösungen, in einem deutlichen Rückgang der Nachfrage im deutschen Markt zeigen.

Der Produktionsstandort Wismar, welcher für insgesamt rund 600 Beschäftigte Arbeit bieten könnte, produziert mit rund 400 MitarbeiterInnen momentan überwiegend für andere europäische Märkte, auf denen die Marktsituation- noch - besser ist als im heimischen Markt.

Bei dem anschließenden Gespräch, wurde deutlich, dass gerade die Problematik der hochsubventionierten Konkurrenz aus China eine besondere Belastung für die gesamte Branche in allen Märkten darstellt. Für den heimischen deutschen Markt ist die Situation, aufgrund der drastischen und sehr viel schneller als ursprünglich vorgesehenen, Absenkung der Einspeisevergütung, derzeit sehr schlecht.

Frau Dr Bunge wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der, auch von den LINKEN gewollten, Energiewende endlich eine ehrlichere Preiskalkulation zugrunde gelegt werden müsse. " Während die Folgekosten des Atomstroms zu keiner Zeit in den Strompreisen wirklich enthalten waren, ist die Bundesregierung jetzt offensichtlich dabei alle Kosten und möglichen Zukunftsrisiken dem Verbraucher aufzubürden.

Wer so agiert dem muss man unterstellen, dass die Energiewende nicht wirklich gewollt ist."

Herr Hennigs verwies in seinem Ausblick zum Ende des Gespräches auf das gegen China angestrebte "Verfahren wegen Dumpingpreisen" und wünschte sich von der Politik ein Nachdenken darüber, warum ausgerechnet die Energieintensiven Großunternehmen bei der Umlage für das EEG ausgenommen werden – dies verzerre den Preis für den Strom zu Lasten der Verbraucher.

Für die Betreiber kleinerer Solaranlagen sollte die Regierung darüber nachdenken, ob nicht auch ein Handel mit Strom zwischen Nachbarn ermöglicht werden könnte.